

Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg

CDU Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg

Darmstadt, 31. März 2025

Redeentwurf für die Sitzung des Kreistages am 31. März 2025
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025/2026
Drucksache 5473-2025/DaDi und dazugehörige Vorlagen

Redezeit: 15 Minuten

**Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

der ehemalige britische Premier Winston Churchill sagte einmal: „Es ist sinnlos zu sagen: Wir tun unser Bestes. Es muss dir gelingen, das zu tun, was erforderlich ist.“ Zwei Dinge stecken darin: Zum einen: Machen wir uns bewusst in welcher Situation wir uns befinden. Und zweitens die Aufforderung, auch die Kraft und den Mut zu haben, einen als notwendig erkannten Weg einzuschlagen.

Und ich denke aus dieser Perspektive passt das Zitat sehr gut zum vorliegenden Doppelhaushalt. Es reicht nicht, uns zu

rechtfertigen und auf die in vielen Dingen zu geringen Steuermöglichkeiten zu berufen. Wir müssen sowohl in der gegenwärtig angespannten Haushaltssituation aber auch in einer zunehmend polarisierenden öffentlichen Debatte Lösungen finden, Wege einschlagen und die Menschen davon überzeugen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind stets bereit, politische Entscheidungen zu akzeptieren, wenn sie erkennen, dass wir uns konkret um die Lösung von Problemen und Herausforderungen kümmern.

Einfache Lösungen gibt es nur selten. Wer das postuliert oder sich leichtfertig politischen Überbietungswettbewerben hingibt, läuft Gefahr, den unserer demokratischen Grundordnung innewohnenden offenen Diskurs zu untergraben.

Ich möchte jedoch klar und deutlich sagen: **Die Finanzausstattung der Kommunen ist eine Katastrophe.** Ich halte hier bereits meine vierte Haushaltsrede und muss mich erneut wiederholen:

Seit Jahren erhöhen die Gesetzgeber die Standards. Vor allem im Jugend- und Sozialbereich gibt es immer wieder neue Gesetze, alte werden novelliert – und am Ende stehen neue Regelungen, für deren Umsetzung mehr Personal benötigt wird. Die Landkreise bekommen aber dafür nicht ausreichend Geld, um diese Arbeit auch leisten zu können. Im Gegenteil die

Transferaufwendungen steigen von Jahr zu Jahr immer weiter und die Zuweisungen steigen nicht im gleichen Maße.

Am Ende bleiben wir als Landkreis auf den Mehrkosten sitzen.

Die **Finanzierung ist nicht auskömmlich**. Und das geht schon seit Jahren so – mit wachsender Tendenz.

Eines ist jetzt schon klar, die Zeit des einfachen „Weiter so“ ist abgelaufen. Wir müssen für unseren Wohlstand stärker kämpfen und ich behaupte, dass wir alle ärmer geworden sind. Wir bleiben trotzdem hoffnungsvoll, was in der aktuellen Situation sehr schwerfällt. Und damit richte ich den Blick auf den vorliegenden Haushaltsplan inkl. der Ergänzungsvorlagen:

Bereits in meiner Haushaltsrede vergangenes Jahr betonte ich, dass der lange Weg der Haushaltskonsolidierung nicht mit dem Beschluss des Haushaltes 2024 enden würde. Diese finanzielle Realität bescheinigte uns mehrfach auch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Mit dem uns heute vorliegenden Doppelhaushalt 2025/2026 und seiner Ergänzungsvorlage stellen wir uns der finanziellen Realität sowie den aktuellen politischen Herausforderungen und kommen so hoffentlich den Forderungen des

Regierungspräsidiums Darmstadt als zuständige Aufsichtsbehörde nach.

Nun meine sehr verehrten Damen und Herren,

Im Ergebnishaushalt der Ergänzungsvorlage liegt eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um 27 Millionen Euro vor, sodass wir nur noch mit einem Defizit von 38 Millionen Euro planen. Die entsprechenden Gründe der Ergebnisverbesserungen liegen uns mit der Ergänzungsvorlage vor.

Die Ergänzungsvorlage markiert insbesondere eine Zeitenwende in der Personalpolitik der Kreisverwaltung. Durch Wegfall des Stellenaufwuchses und Berücksichtigung unbesetzter Stellen sparen wir insgesamt rund 6,1 Millionen Euro ein ggü. dem Planentwurf. Wir mussten Entscheidungen treffen, die nicht in jedem Fall einfach waren – denn bei den Stellenstreichungen sind **auch Stellen dabei, die dringend benötigt wurden seitens der Abteilungen.**

Doch die finanzielle Realität zwingt uns zu klaren Prioritäten. Ein stetiges personelles Wachstum ist auf Dauer nicht tragbar. Wir setzen auf eine Verwaltung, die mit den vorhandenen Ressourcen effizient arbeitet und dort Schwerpunkte setzt, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Die Organisationsuntersuchung durch die PD soll darüber hinaus weitere Ergebnisse liefern, um Konsolidierungsbedarfe zu erkennen und unsere Verwaltung noch effizienter aufzustellen.

Wir wissen aber auch, dass diese personelle Zeitenwende zusätzliche Herausforderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedeuten. Gerade deshalb möchten wir als Kreiskoalition an dieser Stelle ausdrücklich unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Sie leisten Tag für Tag hervorragende Arbeit, oft unter hoher Belastung, und sorgen dafür, dass unser Landkreis funktioniert.

Unser Ziel bleibt weiter eine leistungsfähige Kreisverwaltung, die zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises da ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Als Landkreis, der umlagefinanziert ist, gilt es bei der Haushaltsaufstellung den Spagat zu meistern, auf der einen Seite den Vorgaben der Aufsichtsbehörde nachzukommen, und auf der anderen Seite unsere kommunale Familie mit den 23 Städten und Gemeinden unseres Landkreises nicht zu überfordern.

Vor diesem Hintergrund halten wir uns an unser Wort aus dem vergangenen Jahr und halten die Kreisumlage stabil. Zwar steigt

die Schulumlage etwas jedoch halten wir an der Grenze der 60% Gesamtumlagesatz fest, die für uns als Kreiskoalition die absolute Schmerzgrenze darstellt und belasten damit unsere Städte und Gemeinde im schwierigen Umfeld nicht noch zusätzlich. Das sind wir unseren Landkreiskommunen einfach schuldig, die ja bisher den Großteil der kommunalen Daseinsvorsorge geleistet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen sie mich auch auf den Wirtschaftsplan des DaDi-Werkes und dem damit verbundenen Prioritätenliste des Da-Di-Werkes eingehen. Dabei bin ich unserem Ersten Kreisbeigeordneten Lutz Köhler sehr dankbar.

Die Investition von Millionenbeträgen in die Schulgebäude ist eine dringend notwendige Maßnahme, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen im Bildungsbereich gerecht zu werden. Mit dem Pakt für den Ganzttag steigt der Bedarf an modernen Räumlichkeiten, die nicht nur für den klassischen Unterricht, sondern auch für Ganztagsangebote, Mensabetrieb und Betreuungsmöglichkeiten geeignet sind.

Ohne diese Investitionen drohen uns überfüllte Klassenzimmer, unzureichende Betreuungsmöglichkeiten und marode Schulgebäude, die den heutigen pädagogischen und

energetischen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Wir als Kreiskoalition setzen damit ein wichtiges Zeichen:

Bildung hat Priorität, und jeder Euro, der in eine gute Lernumgebung fließt, ist eine Investition in die Zukunft der Kinder.

Die kontinuierlich gestiegenen und tatsächlich verausgabten Investitionen der vergangenen Jahre unterstreichen hier den erfolgreichen Weg unseres Ersten Kreisbeigeordneten für moderne Schulen der Zukunft!

Frau Kreistagsvorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine weitere große Investition ist das Gefahrenabwehrzentrum in Roßdorf.

Die derzeit zur Unterbringung des Fachbereiches Gefahrenabwehr inklusive der Zentralen Leitstelle genutzten Mietobjekte entsprechen nicht mehr dem Stand der Anforderungen einer modernen Gefahrenabwehrbehörde und sind in Bezug auf die Räumlichkeiten ausgereizt. Somit könnten unter Umständen Teile unserer gesetzlichen Aufgaben im Bereich der Rettungsdienstträgerschaft, hier z.B. die Aus- und Fortbildung der aktuell ca. 600 Rettungsdienstmitarbeiter, nicht

gewährleistet werden. Durch den Bau des Gefahrenabwehrzentrums schaffen wir hier die Grundlagen für einen modernen Katastrophenschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich nun ein paar Worte zu den vorliegenden Änderungsanträgen der Opposition sagen.

Zunächst möchte ich mich herzlich bei allen Beteiligten für die konstruktiven Haushaltsberatungen im HFA bedanken.

Ein Satz des Fraktionsvorsitzenden Herrn Rupp ist mir dabei besonders in Erinnerung geblieben. Er sagte sinngemäß, dass die Opposition gar nicht mehr wisse, wo sie noch Einsparungen vorschlagen soll, da es sich ja um strukturelle Probleme handele. Diese Erkenntnis teilen wir als Kreiskoalition.

Diese Aussage zeigt darüber hinaus: Wir sitzen alle in einem Boot. Die finanziellen Herausforderungen unseres Landkreises sind keine Frage von Regierung oder Opposition – sie betreffen uns alle gleichermaßen.

Es ist gut zu sehen, dass wir trotz unterschiedlicher politischer Positionen ein gemeinsames Ziel haben: den Landkreis voranzubringen. Lassen Sie uns diesen Geist der sachlichen

Zusammenarbeit bewahren – denn nur gemeinsam können wir die großen Aufgaben, die vor uns liegen, erfolgreich bewältigen.

Nun zu Ihrem Antrag liebe Fraktion der FW/UWG: Der Antrag erfolgt auf den ersten Blick ein lobenswertes Ziel. Selbstverständlich sind Energieeinsparungen und Ressourcenschonung zentrale Anliegen, die auch wir als Kreiskoalition unterstützen. Doch bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen entweder bereits umgesetzt oder **nicht wirtschaftlich oder praktikabel** sind.

Die Idee, Lichtschalter flächendeckend durch Bewegungsmelder zu ersetzen, klingt zunächst effizient – bringt aber gerade in Klassenräumen und Aufenthaltsräumen erhebliche Nachteile mit sich. Wer möchte, dass während eines Unterrichts die Lichter ungewollt flackern oder sich ausschalten, wenn zu wenig Bewegung registriert wird? Dies halten wir für wenig praktikabel.

Nach Mitteilung des DaDi Werkes verfügen darüber hinaus bereits viele Hallen über moderne **Control Panels**, die es ermöglichen, die Beleuchtungsstärke je nach Nutzung – etwa für Schulbetrieb, Training oder Wettkämpfe – individuell anzupassen.

Aus diesen Gründen werden wir ihrem Antrag nicht zustimmen.

Liebe Frau Schlipf-Traup, lieber Herr Grunwald,

die Frage, welche Aufgaben der Landkreis selbst übernehmen muss und welche wirtschaftlicher durch freie Träger oder private Dienstleister erbracht werden können, ist eine essenzielle für eine effiziente Verwaltung.

Verwaltungshandeln muss immer wirtschaftlich sein – das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist die Drogenberatung, die in der Vergangenheit erfolgreich von der Kreisverwaltung auf einen freien Träger übertragen wurde. Dabei ist jedoch immer Maß und Mitte zu beachten.

Allerdings gibt es auch den umgekehrten Fall: Der freigestellte Schülerverkehr wurde lange Zeit von einem externen Träger organisiert, bevor der Kreis die Aufgabe wieder übernommen hat – weil die Eigenorganisation in diesem Fall günstiger und effektiver war.

Das zeigt: Jede Aufgabe muss individuell geprüft werden. Eine generelle Auslagerung oder Rekommunalisierung ist kein Allheilmittel – es geht darum, die beste und wirtschaftlichste Lösung für unseren Landkreis zu finden. Dies findet sowohl in den Dezernaten als auch in der Kreiskoalition regelmäßig statt.

Darüber hinaus hat Frau Sprößler weitere wertvolle Argumente im HFA eingebracht, die unterstreichen, dass eine umfassende Analyse notwendig ist, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden. Wir werden ihrem Antrag daher nicht zustimmen.

Gleiches gilt für ihren Antrag zur Wirtschaftliche Konsolidierung der Medizinischen Versorgungszentren, den wir durch die bereits im HFA erwähnte und durch Kreistagsbeschluss vom 24. Juni 2019 aktualisierte Matrix zur Gründung eines MVZs als erledigt ansehen.

Lieber Herr Bischof,

Ihre Änderungsanträge bedeuten in der Summe eine Erhöhung der Ausgaben. Abgesehen davon lehnen wir die Anträge aus politischen Gründen entschieden ab.

Lassen Sie mich zu ihrem NATO-Antrag klarstellen: Diese Forderung ist nicht nur realitätsfern, sondern auch unverantwortlich und gefährlich.

Die NATO ist das Fundament unserer Sicherheit in Europa und darüber hinaus. **Dieser Antrag zeigt einmal mehr ihre Gesinnung und macht deutlich: Der direkte Weg in den Kreml führt über Reinheim.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Zu guter Letzt gilt es auch Danke zu sagen! Bei der Aufstellung der Ergänzungsvorlage hat das Team um unseren Finanzchef Herrn Michael Hutterer eine hervorragende Arbeit geleistet, wofür ich mich im Namen der CDU-Fraktion außerordentlich bedanken möchte. Ein weiterer Dank geht an unseren Koalitionspartner der SPD-Fraktion sowie den Landrat Klaus-Peter Schellhaas und die beiden Dezernenten Lutz Köhler und Christel Sprößler für die konstruktive und enge Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen. Das ist vor allem in diesen finanziell herausfordernden Zeiten nicht selbstverständlich! Gemeinsam ist es uns jedoch gelungen!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit der vorliegenden Ergänzungsvorlage geben wir der Kreisverwaltung für die Jahre 2025/2026, eine finanzielle Arbeitsgrundlage. Auch wenn weiterhin schwierige und unangenehme Entscheidungen in den nächsten Jahren anstehen und auch der anstehende Haushalt keine Träumereien ermöglichen wird, werden wir den Konsolidierungskurs weiter fortsetzen und gemäß unseres Koalitionsvertrages, aus Verantwortung, Zukunft gemeinsam gestalten!

Liebe Opposition,

übernehmen auch Sie Verantwortung für die Kreisfinanzen und stimmen sie dem vorliegenden Doppelhaushalt und seiner Ergänzungsvorlage zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!